

Mehr als eine libanesische Kraftprobe

In den letzten zwei Wochen haben im Libanon Hunderttausende gegen die Regierung Siniora demonstriert. Es ist ein Ringen um die Macht – und um eine Weichenstellung für die Zukunft des Landes.

Philipp Hufschmid

Der Führer der schiitischen Hisbollah-Bewegung, Scheich Hassan Nasrallah, hat seine Drohung wahrgemacht: seit dem 1. Dezember fordern hunderttausende überwiegend schiitische Libanesen den Rücktritt von Premierminister Fuad Siniora und dessen Kabinett. Auf dem Platz der Märtyrer – und damit unmittelbar vor Sinioras Amtssitz, dem «Grand Serail» – im Zentrum Beiruts wurden Zelte aufgebaut, in denen Demonstranten auch übernachteten. Manchmal sitzen tagsüber vor einigen Zelten Menschen in Gruppen und rauchen gemeinsam eine Wasserpfeife, andere lesen oder verrichten ihre Gebete. Helfer der Hisbollah haben mobile Toiletten aufgestellt, leisten Ordnungsdienst und kümmern sich auch um die Beseitigung des Abfalls. Die gelben Flaggen der Hisbollah sind weitgehend verschwunden. Um dem Verdacht vorzubeugen, es handle sich um eine primär schiitische Protestbewegung – auch die Amal-Bewegung unterstützt die Hisbollah –, hat Nasrallah seine Anhänger aufgefordert, die Nationalflagge mit der grünen Zeder auf rot-weissem Grund zu schwenken. Zudem liess der mit der Hisbollah paktierende christliche Ex-General Michel Aoun früh eine Messe lesen, um seinerseits ein Zeichen für die überkonfessionellen Proteste zu setzen.

Hariri-Mord steht am Anfang

Die Demonstrationen sind bisher weitgehend friedlich verlaufen. Selbst dann, wenn Redner zur Menschenmenge im Fahnenmeer sprechen, um ihre Forderungen zu erneuern, scheint die Stimmung nicht ins Explosive zu

kippen. Dennoch schützen Tausende Soldaten, Panzer und Stacheldraht den «Grand Serail», den Premier Siniora und dessen Minister seit Beginn der Demonstrationen nicht mehr verlassen haben. Die Ermordung des Industrieministers Pierre Gemayel auf offener Strasse am 21. November dürfte der Grund sein für den Entscheid, im «Grand Serail» auszuharren. Gemayel, der einer der politisch einflussreichsten Familien Libanons entstammt, ist das sechste prominente syrienkritische Mordopfer in den letzten zwei Jahren – und das ranghöchste seit dem Attentat auf den früheren Ministerpräsidenten Rafik Hariri. Der Tod Hariris steht auch am Anfang der Entwicklung, die zur gegenwärtigen Kraftprobe zwischen der Regierung Siniora und der Hisbollah führte.

Hisbollah strebt nach mehr Macht

Hinter der Ermordung Hariris am 14. Februar 2005 vermuteten im Libanon viele die Hand Syriens. Unter dem Druck der darauffolgenden Massendemonstrationen in Beirut und internationaler Proteste war Präsident Baschar al-Asad gezwungen, die syrischen Truppen und Geheimdienstler aus dem Zedernstaat abzuziehen. Syrien, das im Nachbarland seit dem Sieg über die libanesische Armee Ende 1990 de facto die Politik bestimmte, drohte beinahe allen Einfluss zu verlieren. Und mit den Ermittlungen der Uno zu den Verwicklungen des syrischen Staates in die Ermordung Hariris geriet das Asad-Regime für Monate unter Druck. Das angekündigte Uno-Tribunal, das die Schuldigen hinter dem Mord Hariris identifizieren soll, dürfte zu für Damaskus unangenehmen Schlüssen kommen. Die Zustimmung zum Uno-Tribunal im Fall Hariri stand unmittelbar bevor, als die fünf Minister der mit Syrien verbündeten schiitischen Hisbollah- und Amal-Bewegungen sich am 11. November aus dem Kabinett Siniora zurückzogen. Dieser Rückzug lieferte dem pro-syrischen Präsidenten Emile Lahoud den Vorwand, das Dekret Sinioras zur Einsetzung des Tribunals zu blockieren, indem er das Rumpfkabinett kurzerhand für verfassungswidrig erklärte.

Die Hisbollah schiebt freilich ganz andere Gründe für ihren Wechsel in die Opposition vor. Hisbollah-Führer Nasrallah fordert eine «Regierung der nationalen Einheit», die die realen demographischen Verhältnisse im Libanon besser widerspiegelt. Die noch von der damaligen Mandatsmacht Frankreich festgeschriebenen Kräfteverhältnisse geben den Christen überproportionalen Einfluss, während die Schiiten unterrepräsentiert sind. Letztere Bevölkerungsgruppe ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich stärker gewachsen als die Christen, die durchschnittlich weniger Kinder haben und während des Bürgerkriegs zu Tausenden das Land verlassen haben. Seit Ende des Kriegs mit Israel dringt die Hisbollah darauf, das im Kampf erworbene höhere Prestige in politischen Einfluss umzumünzen.

Die Schiiten von Amal und Hisbollah sowie die mit ihnen verbündete Freie Patriotische Bewegung von Aoun forderten vor ihrem Rückzug aus der Regierung eine Sperrminorität von einem Drittel oder acht Ministern. Das neue Kabinett hätte die Aufgabe erhalten, das Wahlgesetz so zu überarbeiten, dass dieses dem demographischen Gewicht der einzelnen Konfessionen besser Rechnung trägt. Unter den wichtigsten Parteien herrscht zwar grundsätzlich Einigkeit darüber, dass die Machtverhältnisse neu austariert werden müssen. Im Rahmen eines nationalen Dialogs wurde nach einer Übergangslösung gesucht. Doch die Forderung nach einer Sperrminorität für die pro-syrische Opposition war für das anti-syrische Parteienbündnis im Kabinett Siniora inakzeptabel, wenn zugleich der syrienfreundliche Lahoud als Präsident im Amt bleibt.

Syrien gewinnt Einfluss zurück

Damit rücken Syrien und das Uno-Tribunal zur Aufklärung des Hariri-Mords wieder in den Blickpunkt. Der Rückzug der Hisbollah – und in deren Gefolge der Amal – aus der Regierung erfolgte unmittelbar vor dem Entscheid über das Uno-Tribunal. Zuvor hatten die seit 2005 an der Regierung beteiligten schiitischen Minister alle Entscheidungen der Regierung mitge-

tragen. Wenn die Hisbollah gerade jetzt den innenpolitischen Machtkampf sucht, dient sie nicht zuletzt auch Syrien. Denn Präsident Asad hat in einer Rede ganz bewusst davon gesprochen, dass die Hisbollah den «Sieg» gegen Israel nun in einen innenpolitischen Sieg umwandeln müsse. Mehr Macht für die Hisbollah sichert Damaskus mehr Einfluss. Und wenn sich gleichzeitig auch das Uno-Tribunal verhindern lässt, kann das nur im Sinne Asads sein.

Der Libanon wieder Spielball?

Doch das Ränkespiel im Libanon hat auch eine weltpolitische Komponente. Denn die anti-syrischen Kräfte sind zugleich pro-westlich und umgekehrt. Hinter der Hisbollah steht der Iran, der dieser seit langem militärische und finanzielle Hilfe leistet. Der geistliche und politische Führer im Iran, Ajatollah Ali Chamenei, ist auch für die Hisbollah das akzeptierte geistliche Oberhaupt. Iran hat wie Syrien Interesse an einer starken Hisbollah, die für beide Staaten einen Trumpf im Konflikt gegen Israel darstellt. Die bewaffnete und kampfbereite Hisbollah bildet seit langem einen Staat im Staat und verhindert so das Entstehen eines funktionierenden Staatswesens im Libanon. Ein schwacher libanesischer Staat ist generell im Sinne Syriens und des Iran. Sowohl Damaskus als auch Teheran fürchten einen echt demokratischen Staat, der dem Westen nicht feindlich gesinnt ist. Denn eine prosperierende Demokratie würde die diktatorischen Regimes in beiden Ländern erheblich innenpolitischem Druck aussetzen. In Syrien unterdrückt die kleine religiöse Minderheit der Alawiten die sunnitische Mehrheit. Im Iran verhindert die Herrschaft der Religionsgelehrten echte demokratische Verhältnisse.

Die gegenwärtige Kraftprobe im Libanon ist daher weit mehr als nur ein innenpolitisches Ringen um die fällige Umverteilung der Macht. Für den Libanon geht es um die Bewahrung der mit dem Abzug Syriens gewonnenen Souveränität. Andernfalls droht der Zedernstaat wieder zum Spielball ausländischer Mächte zu werden.

Gold ist geil!



Christian Weisflog, Moskau

Das Leben der Schönen und Reichen erwacht in der russischen Hauptstadt erst nach Mitternacht, zumindest im Nobelclub «Djagilew» – zurzeit so etwas wie das «Kaufleuten» Moskaus. Wer jedoch auf Einlass in den elitären Partytempel hoffen will, muss mehr bieten als die Russland-üblichen Dolce&Gabbana-Plagiate, mehr als kurze Röcke, lange Beine, hohe Absätze und üppiges Make-up. Ein Hauch von Jet-Set ist gefragt, ein Flair für exaltierte Individualität, Laufsteg und Haute Couture, aber vor allem auch Sommerbräune im trüben Moskauer Winter. Wenn das nichts nützt, bleibt nur noch das Wedeln mit Dollarnoten.

Alles in allem unterscheidet sich das Auswahlprinzip aber kaum von anderen Nobelclubs der Welt: «Einlass erhalten Freunde, bekannte Personen, Leute mit Geld oder besonders schöne Menschen», erklärt Alexej, der hagere Presseverantwortliche, das Auswahlprinzip. Wem die Gnade des Türstehers widerfahren ist, der betritt den Klub jedoch ohne einen Rubel Eintritt zu bezahlen. Tanzen ist hier billig, sitzen jedoch kaum erschwinglich: Ein Tisch kostet zwischen 1000 und 10 000 Dollar. Da sind die Drinks vergleichsweise «günstig»: 20 bis 30 Dollar.

Typisch russisch ist das protzig-kitschige Interieur: Mit roten Samtvorhängen bekleidete Logen, mit goldenen Blumenmustern bestickte Polster, goldene Kronleuchter und frivole Ölgemälde erinnern an ein barockes Lustschloss. Eine Herde goldener Pegasusfiguren und ebenso goldener Statuen beschwören die Antike. Gold, Gold, Gold: Die Theke, die Tische, die Treppengeländer – Gold ist geil. In allen und hinter allen Dingen blinken Lichter in allen Farben. Aber der Klub ist auch ein Schiff – suggeriert ein hoher Mast mit aufgerolltem Segel. Und in den goldenen Krähenestern hoch über der Tanzfläche räkelnd sich langbeinige Tänzerinnen, geschmeidig und fast so nackt wie Seenanemonen. Der Höhepunkt im «Djagilew» ist jeweils eine akrobatische Luftnummer unter der mit Glaskristallen behängten, zirkuszelthohen Decke.

Nicht schlecht, aber ich erinnere mich an einen dekadenteren Abend im Moskauer Klub «Osjen», wo Models in Bikinis Pelzmäntel präsentierten und in den Logen zu den riesigen 300-Dollar-Fruchtschalen frische Austern geschlürft wurden. In Moskau gibt es eben nicht nur ein «Kaufleuten».

Rückspiegel

«Unvereinbarkeit»

Liebesheiraten sind in Saudi-Arabien selten. Ehen werden arrangiert. Braut und Bräutigam lernen sich meist erst am Hochzeitstag kennen. Doch es gibt Ausnahmen: Fatima und Mansur verliebten sich – und heirateten gegen den Willen von Fatimas Halbbrüdern. Mansur, behaupteten diese, sei von «niedriger Abstammung». Bei der Eheschliessung habe er nicht die Wahrheit über seine Stammesherkunft gesagt. Deshalb sei die Ehe ungültig und müsse aufgelöst werden. Als sich das Paar weigerte und Fatima zudem schwanger wurde, reichten die Halbbrüder eine Klage bei einem islamischen Gericht ein. Dieses gab den Klägern Recht. Aller Liebesbezeugungen des Paares zum Trotz ordneten die Richter «wegen Unvereinbarkeit» die Zwangsscheidung an.

Fatima und Mansur trafen sich daraufhin heimlich, was nicht lange gut ging. Nach einem Tipp der Halbbrüder wurde das Paar von der Religionspolizei ins Gefängnis geworfen. Mansur wurde unlängst freigelassen. Seine «zwangsgeschiedene» Ehefrau Fatima sitzt weiterhin im Gefängnis, das sie erst dann verlassen will, wenn sie zu ihrem Mann zurückkehren darf. «Ich will keine Abfindung, sondern Gerechtigkeit», erklärte die Frau. Das letzte Wort in dem bizarren Rechtsstreit wird möglicherweise König Abdallah sprechen. Seine Intervention zugunsten des Liebespaares könnte das rückständige Image von Saudi-Arabien ein wenig aufpolieren. (wra)



(Ramakanta Dey, ap)

Nickerchen gegen Wirtschaftspolitik

Unser Bild der Woche zeigt einen Rikscha-Fahrer in Agartala, der Hauptstadt des ostindischen Bundesstaats Tripura, der während des landesweiten Generalstreiks gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung ein Nickerchen macht. (zl)